

# Stadtverwaltung Eberbach

## Niederschrift

<b>Gremium</b>	<b>Gemeinderat</b>
<b>Sitzungsart</b>	<b>öffentlich</b>
<b>Sitzungsnummer</b>	<b>GR/15/2016</b>
<b>Sitzungsdatum</b>	<b>Donnerstag, 22.12.2016</b>
<b>Sitzungsbeginn</b>	<b>17:32 Uhr</b>
<b>Sitzungsende</b>	<b>19:47 Uhr</b>
<b>Sitzungsort</b>	<b>Ratssaal, Rathaus, Leopoldsplatz 1</b>

### Teilnehmerverzeichnis:

Teilnehmer	Bemerkung
------------	-----------

### Vorsitzender

Bürgermeister Peter Reichert	
------------------------------	--

### Mitglieder

Stadtrat Karl Braun	
Stadtrat Klaus Eiermann	
Stadtrat Georg Hellmuth	Anwesend ab 17.36 Uhr
Stadtrat Peter Huck	
Stadtrat Patrick Joho	
Stadtrat Lothar Jost	
Stadtrat Christian Kaiser	
Stadtrat Wolfgang Kleeberger	
Stadträtin Susanne Lehn	
Stadtrat Ralf Lutzki	
Stadtrat Benjamin Müller	
Stadtrat Jens Müller	
Stadtrat Prof. Dr. Dietmar Polzin	
Stadtrat Michael Reinig	
Stadtrat Jan Peter Röderer	Anwesend ab 17.36 Uhr
Stadtrat Markus Scheurich	
Stadtrat Rolf Schieck	
Stadtrat Michael Schulz	
Stadtrat Heiko Stumpf	
Stadtrat Peter Stumpf	
Stadträtin Kerstin Thomson	
Stadtrat Peter Wessely	

**Ortsvorsteher**

Ortsvorsteher Harald Friedrich	
Ortsvorsteher Viktor Hartmann	
Ortsvorsteher Johann Leistner	
Ortschaftsrat Wolfgang Raule	
Ortschaftsrat Peter Schwarz	

**Verwaltungsmitglieder**

Angestellter Marco Bräutigam	
Werkleiter Günter Haag	
Angestellter Steffen Koch	
Angestellte Nadja Leuwer	
StOVwR Patrick Müller	
StORR Dr. Martin-Peter Oertel	
FAR Siegfried Riedl	
Angestellte Anke Steck	

**Schriftführer**

Angestellter Robin Uhrig	
--------------------------	--

Bürgermeister Reichert begrüßt die Anwesenden und bittet darum, dass sich alle von ihren Plätzen erheben um eine Schweigeminute für die Opfer des Terroranschlags in Berlin abzuhalten.

Im Anschluss an die Schweigeminute stellt Bürgermeister Reichert fest, dass die öffentliche Sitzung des Gemeinderats form- und fristgerecht eingeladen worden sei und fragt, ob es Anträge zur Tagesordnung gibt. Da keine Anträge zur Tagesordnung vorliegen, eröffnet Bürgermeister Reichert die öffentliche Sitzung des Gemeinderats um 17.32 Uhr.

**Tagesordnung:**

- |         |   |          |
|---------|---|----------|
| TOP 1   | Fragestunde der Einwohner und der ihnen gleichgestellten Personen und Personenvereinigungen   |          |
| TOP 1.1 | Friedrichsdorfer Landstraße   |          |
| TOP 2   | Annahme von Sach- und Geldspenden   | 2016-336 |
| TOP 3   | Annahme einer Geldspende  | 2016-339 |
| TOP 4   | Auftragsvergabe für Lieferung, Rollout und Betriebslogistik von Multifunktionssystemen im Rathaus und in den in Trägerschaft der Stadt Eberbach stehenden Schulen | 2016-327 |
| TOP 5   | Forstbetriebspläne für das Forstwirtschaftsjahr (FWJ) 2017  | 2016-289 |
| TOP 6   | Haushaltsplan 2017 und Finanzplanung 2016 bis 2020 der Stadt Eberbach   | 2016-338 |
| TOP 7   | Anträge der Fraktionen zum Wirtschaftsplan 2017<br>-ohne Beschlussvorlage-<br>Beratung und Beschlussfassung   |          |

TOP 8	Wirtschaftsplan und Finanzplanung der Stadtwerke Eberbach für das Jahr 2017	2016-340
TOP 9	Änderung und Einführung der Preise bei Unterbrechung und Wiederherstellung der Versorgung ab 01.01.2017	2016-321
TOP 10	Einführung neuer Preise für Abrechnungsdienstleistungen und Sonstiges ab 01.01.2017	2016-322
TOP 11	Sanierung des Gebäudes Depot 15/7	2016-313
TOP 12	Ersatzbeschaffung für Geräteträger mit Mähhauler für den Servicebetrieb Stadtgärtnerei	2016-312
TOP 13	Sanierungsgebiet "Güterbahnhofstraße", 3.BA Fußgängerüberführung hier: Vorstellung der Varianten "Vorentwurf Neuer Treppenabgang Süd"	2016-314
TOP 14	Mitteilungen und Anfragen	
TOP 14.1	Beauftragung Wildbiologe	
TOP 14.2	Nichtwürdigung eines Minderheitenantrags	

**Niederschrift:**

Top 1 Fragestunde der Einwohner und der ihnen gleichgestellten Personen und Personenvereinigungen	
---	--

Top 1.1 Friedrichsdorfer Landstraße	
--	--

Bürger Edelmannt fragt, warum die Umstellung von Tempo 50 auf Tempo 30 in der Odenwaldstraße bei den Schreiben der Verwaltung an die Behörden bezüglich der gewünschten Reduzierung der Geschwindigkeit in der Friedrichsdorfer Landstraße nicht erwähnt worden sei.

Bürgermeister Reichert erklärt, dass dies zwei völlig verschiedene Sachverhalte seien.

Top 2 Annahme von Sach- und Geldspenden	2016-336
--	----------

**Beschlussantrag:**

Der Gemeinderat stimmt der Annahme der Sach- und Geldspenden zu.

**Beratung:**

Bürgermeister Reichert erläutert die Beschlussvorlage.

**Ergebnis:**

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen der Annahme der Spenden einstimmig zu.

Top 3 Annahme einer Geldspende	2016-339
-----------------------------------	----------

**Beschlussantrag:**

Der Gemeinderat stimmt der Annahme der Geldspende zu.

**Beratung:**

Bürgermeister Reichert erläutert die Beschlussvorlage.

**Ergebnis:**

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen der Annahme der Spende einstimmig zu.

Top 4 Auftragsvergabe für Lieferung, Rollout und Betriebslogistik von Multifunktionssystemen im Rathaus und in den in Trägerschaft der Stadt Eberbach stehenden Schulen	2016-327
--	----------

**Beschlussantrag:**

Die Firma EWS GmbH, Besselstr. 10, 68219 Mannheim, erhält den Auftrag zur Lieferung von 16 neuen Multifunktionssystemen für das Rathaus und den in Trägerschaft der Stadt Eberbach stehenden Schulen.

Die Geräte werden gemietet und beinhalten einen Full-Service Wartungsvertrag mit einer Laufzeit von 60 Monaten.

Die Finanzierung erfolgt für das Rathaus über die Kostenstelle 11265004 im Sachkonto 42730000 Aufwendungen für bezogene Leistungen und Waren, sowie für die Schulen über die Kostenstelle 11265005 unter gleichem Sachkonto.

**Beratung:**

Verwaltungsangestellte Leuwer erläutert die Beschlussvorlage und erklärt auf Nachfrage, dass man nur vermuten könne, warum nur ein Angebot abgegeben worden sei. Sie gehe davon aus, dass sich für die restlichen Firmen die Servicegarantie durch die Entfernung nur schwer realisieren lasse.

**Ergebnis:**

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Beschlussantrag einstimmig zu.

Top 5 Forstbetriebspläne für das Forstwirtschaftsjahr (FWJ) 2017	2016-289
---	----------

**Beschlussantrag:**

1. Den vom Kreisforstamt, Forstbezirk Odenwald und der Stadtförsterei gemeinsam erstellten Hiebs-, Kultur- und Pflegeplänen für das FWJ 2017 wird gemäß § 51 Abs. 2 Landeswaldgesetz zugestimmt.

2. Die auf dem doppischen Zahlenwerk basierenden Bewirtschaftungspläne (KW 31 und KW 32, kamerale Darstellung) werden nach dem Beschluss über den Gesamthaushalt erstellt und auf dieser Grundlage durch den Bürgermeister gegengezeichnet.

**Beratung:**

Stadtkämmerer Müller erläutert die diesem Protokoll als Anlage beigefügte Präsentation.

Anschließend halten die Fraktionen ihre Reden zum Forstbetriebsplan.

Da die Reden zu Forstbetriebs-, Wirtschafts- und Haushaltsplan von den Fraktionen teilweise zusammengeführt wurden, ist der genaue Wortlaut unter TOP 6 protokolliert.

**Ergebnis:**

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Beschlussantrag einstimmig zu.

Top 6 Haushaltsplan 2017 und Finanzplanung 2016 bis 2020 der Stadt Eberbach	2016-338
--	----------

**Beschlussantrag:**

- a) Die als Anlage beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Eberbach für das Haushaltsjahr 2017 wird zusammen mit der Ergänzungsliste Nr. 4 beschlossen.
- b) Der Finanzplanung 2016 bis 2020 und dem Stellenplan 2017 werden zugestimmt.

**Beratung:**

Stadtkämmerer Müller erläutert die diesem Protokoll als Anlage beigefügte Präsentation.

Anschließend tragen die Fraktionen ihre Haushaltsreden vor.

Stadtrat Schieck erläutert für die SPD- Fraktion folgendes:

„Verehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren.

Nachdem wir in der Gemeinderatssitzung im November die relativ überschaubare Anzahl der Anträge der Fraktionen zum Haushaltsplanentwurf 2017 behandelt haben, steht heute die Verabschiedung des Planwerkes an.

Wie steht die Stadt Eberbach zum jetzigen Zeitpunkt finanziell dar?

In meiner Haushaltsrede zum Haushalt des vergangenen Jahres konnte ich noch einen 2 Millionensprung der Gewerbesteuereinnahmen innerhalb des Jahres 2015 vermelden.

Dies hatte den Vorteil, dass die Aufwendungen die Erträge nur um moderate 600.000,- € überschritten. In diesem Jahre ist leider der genau gegenteilige Trend festzustellen. Statt der geplanten 8,3 Millionen € Steuereinnahmen, sind es aktuell nur noch 6,4 Millionen, also knapp 2 Millionen € weniger als geplant. Für die finanzielle Ausstattung unserer Stadt und die anvisierten Vorhaben ein Einbruch, der die Sorgenfalten tiefer werden lässt.

Da ist es ausgesprochen segensreich, dass der Kreistag in seiner letzten Sitzung, trotz anderer Planungen der Kreisverwaltung, den Hebesatz für die Kreisumlage bei 29,5% belassen hat und somit der Stadt Eberbach eine Ersparnis von gut 210.000,- € beschert.

Doch nun zum Haushalt 2017. Aufgrund der Tatsache, dass 2016 wiederum einige geplante Maßnahmen nicht realisiert werden konnten, ich nenne dabei nur das Feuerwehrgerätehaus und die allgemeine wirtschaftliche und finanzielle Situation weiterhin gut war, ist auch einiges Positive zu vermelden.

Wir müssen für unsere geplanten Investitionen keine Kredite aufnehmen, das bedeutet, dass wir unsere Maßnahmen im kommenden Jahr aus vorhandenen Mitteln und ohne fremde Hilfe finanziell stemmen können. Es ist sogar möglich, liquide Mittel für die Folgejahre, in denen wir sie dann aber dringend benötigen, beizubehalten. Diese sollten, wenn überhaupt, nur sehr sparsam und für absolut notwendige Bedarfe angetastet werden.

Wir hatten zwei richtig gute Jahre 2014 und 2015. Diese schlagen sich aber zwei Jahre später im Haushalt nieder und zwar so, dass wir im kommenden Jahr um ca. 2,8 Millionen € höhere Umlagezahlungen zu leisten haben und gleichzeitig sinken die Schlüsselzuweisungen um rund 800.000 €. Dadurch ist nun allzu verständlich, dass unser Haushalt 2017 nicht ausgeglichen sein kann. Es fehlen uns 3,3 Millionen €, d.h. die Aufwendungen überschreiten die Erträge um den genannten Betrag. Und dies gilt es im Laufe des Jahres aufzufangen.

Unabhängig aller dieser genannten Schwierigkeiten, müssen wir weiterhin unsere Pflichtaufgaben erfüllen und ebenso in die Daseinsvorsorge und in die Zukunft investieren. Wichtig hierbei war sicher auch der Gemeinderatsbeschluss zum Thema: „Neue Eberbacher Steuerung“, der es uns ermöglicht in Zukunft früher, also schon im laufenden Jahr Prioritäten zu setzen, vieles am Machbaren zu orientieren und einen realistischen Umfang einzuplanen.

Große Aufgaben warten im kommenden Jahr auf den Beginn ihrer Umsetzung. Die nunmehr schier endlose Geschichte mit der Renovierung des Feuerwehrgerätehauses sollte endlich 2017 begonnen werden. In meiner Rede zum Haushalt 2016 hatten wir gebeten, nicht nur Planungskosten einzustellen, sondern auch Finanzmittel für die Umsetzung bereit zu halten. Leider ist bis heute noch nicht einmal entschieden, welches Büro mit der Planung beauftragt wird. Ein komplettes Jahr wurde unserer Meinung nach verschlafen, wenn ich auch einräumen muss, dass der Gemeinderatswunsch weitere Ingenieurbüros um ein Angebot zu bitten, die Sache ebenso verzögert hat. Jetzt soll nun am 09. Januar die Vorstellung weiterer Planungen erfolgen, mit dem klaren Ziel, diese möglichst auch dann zu vergeben.

Allerdings sind im Haushalt 2017 wieder nur Planungskosten eingestellt, also geht die Verwaltung davon aus, dass 2017 wieder nicht mit dem Bau begonnen werden kann. Warum werden ich hierbei einfach das Gefühl nicht los, dass die Bauverwaltung nicht mit dem von uns gewünschten Elan an die Sache herangeht?

Die zweite große Maßnahme, die im kommenden Jahr ihren Anfang nehmen muss, ist der Neubau des Kindergartens Regenbogen in der Güterbahnhofsstraße. Hier waren im Haushalt 2016 Planungskosten eingestellt, aber passiert ist auch hier nichts!

Dazu möchte ich nur für große Teile unserer Fraktion folgendes ausführen. Aus der Erfahrung vergangener Baumaßnahmen werden, wie gesagt, große Teile unserer Fraktion nur einem Konzept mit einem Generalunternehmer zustimmen. Wir sehen dabei immense Vorteile, was die Termingestaltung, die Etablierung von Konventionalstrafen im Vertrag und nicht zuletzt die wichtige Festlegung des Kostenrahmens betrifft.

Ich möchte dies nur an einem, der vielen Beispiele städtische Bautätigkeiten festmachen. Beim Bau der Hohenstauten Sporthalle hatte die SPD – Fraktion ebenso auf die Hilfe eines

Generalunternehmers gedrängt. Wir hatten sogar schon Kontakte mit entsprechenden Firmen hergestellt.

Leider konnten wir uns damals im Rat nicht durchsetzen. Im Nachhinein ein wohl fataler Fehler, denn wir können nur hoffen dass die gerichtsanhängigen Streitigkeiten mit Architekten, Ingenieure oder auch einzelnen Firmen bis zum Verfall der Halle endlich beendet sein werden. Andere Investitionen sollen umgesetzt oder weitergeführt werden. Die Kanalsanierung im Stadtgebiet ist noch lange nicht beendet oder der Neubau des Kunstrasenplatzes in der Au, allerdings nur dann, wenn die Fördergelder fließen.

Oder die Frage, was geschieht mit dem Hallenbad? Schließung, Renovierung oder gar Neubau, dies ist die entscheidende Frage, welche im Laufe des folgenden Jahres beantwortet werden muss. Unsere Fraktion steht geschlossen hinter dem Erhalt des Hallenbades, ob nun durch Renovierung mit einer Haltbarkeit für ca. 10 Jahre mit überschaubaren Kosten, oder einem Neubau für 40 Jahre, mit allerdings Kosten von mindestens 8 Millionen €. Dies muss sehr sorgsam unter Beachtung aller wirtschaftlichen Aspekten geprüft werden.

Im Jahr 2013 wurde vom Gemeinderat beschlossen, die sehr hohen Personalausgaben in den nächsten 3 Jahren um 3 % zu kürzen. Dies ist der Personalabteilung gelungen, sogar mit einem höheren Prozentsatz, als gefordert. Dazu unseren ausdrücklichen Dank an Herr Haas und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denn dies war keine leichte Aufgabe. Nun warten wir aber gespannt auf die Ergebnisse der Strukturuntersuchung der PWC, über deren Folgen dann im Laufe des Jahres beraten werden muss.

Im Frühjahr 2017 steht die Verpachtung unserer Jagdreviere an. Der Gemeinderat hat sich mit deutlicher Mehrheit dafür entschieden, die Jagdreviere wieder an die momentanen Pächter zu vermieten. Dazu stehen wir als SPD – Fraktion. Punkt. Nur dann sollte man ausschreiben, wenn einer der Pächter auf die Übernahme seines Reviers verzichtet. Es ist jetzt an der Verwaltung und an uns, den Pachtvertrag so zu gestalten, dass wir unseren Aufgaben als Eigentümer gerecht werden, aber dass er auch für die Jagdpächter annehmbar ist. Wir wissen alle, dass wir Rotwildreviere haben und es dort ohne Schäl – oder Verbißschäden nicht gehen wird. Selbst in den Rotwildrevieren im Odenwald, die in Regiejagd oder in Obhut des Staatsforstes bejagt werden, sind solche Schäden an den Bäumen festzustellen, sogar teilweise mehr, als in den Eberbacher Revieren. Wir müssen in den Verträgen durch Angleichen der Abschusszahlen und Anpassen des Pachtzinses versuchen, einen adäquaten Ausgleich zu finden. Es macht nämlich wenig Sinn, wenn ein Partner sich übervorteil fühlt, sei es nun die Forstverwaltung oder die Jagdpächter. Das Wort Vertrag kommt nämlich von vertragen. Dazu erlauben sie mir noch ein Wort zum Gutachten des Herrn Hahn. Ein Gutachten, welches sogenannte Verflechtungen oder Vernetzungen innerhalb des Gemeinderates mit den Jagdpächtern anzeigt, kann unseres Erachtens weder neutral noch glaubwürdig sein und stellt sich durch solche hanebüchernen Bewertungen selbst ad absurdum. Die SPD – Fraktion empfindet die Feststellung, wir würden unsere Entscheidung nicht unvoreingenommen treffen, einfach nur geschmacklos, vor allem, wenn man bedenkt, dass der Gutachter die handelnden Personen im Gemeinderat weder persönlich kennt noch jemals mit ihnen kommuniziert hat. Da stellt sich schon die Frage, woher nimmt der Verfasser diese Dreistigkeit. Wir verwahren uns ausdrücklich gegenüber solchen Unterstellungen.

Lassen sie mich zum Schluss noch etwas gänzlich anderes vortragen, etwas, das auch nichts mit dem Haushalt 2017 zu tun hat. Es ist dies ein Anliegen der SPD – Fraktion und ich denke auch des gesamten Gemeinderates. Wir möchten an dieser Stelle nochmals explizit Herrn Hopp und seiner Stiftung für die außerordentlich großzügige Spende danken, die es der GRN GmbH ermöglicht, im Klinikum Eberbach die neue urologische Station zu bauen. 5,5 Millionen € sind dabei die halben Entstehungskosten. Diese Tatsache ist für Eberbach und Umgebung von existentieller Bedeutung, garantiert es doch endgültig den Weiterbetrieb

unseres Krankenhauses auf Jahre hinaus. Ein Segen für Eberbach und die umliegenden Kommunen.

Zum Schluss dürfen wir Herrn Müller und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Aufstellung des Haushaltsplanes danken. Es war wie immer ausgezeichnete Arbeit aus ihrer Abteilung.

Die SPD – Fraktion stimmt dem Haushalt 2017 zu.

Vielen Dank“

Stadtrat Wessely erläutert für die Freie Wähler Fraktion folgendes:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen des Rats, meine Damen und Herren.

1.

Der Haushalt 2017 wurde erstmals nach dem neuen „Eberbacher Steuerung“ angegangen. Die Einführung der Doppik vor drei Jahren wurde jetzt zum Anlass genommen, das gesamte HH-Erstellungsverfahren auf neue und wie wir denken bessere und effizientere Füße zu stellen. In der Vergangenheit ließen wir uns von der Verwaltung einen fertigen Entwurf vorlegen, der nur auf den Mittelanmeldungen und deren Abwägungen in der Verwaltung beruhte. Damit wurde das Pferd von hinten aufgezäumt. Die Positionen der einzelnen Fraktionen wurden erst im Nachhinein mit einer Vielzahl von Anträgen aufgenommen. Das weitere Verfahren war umständlich und diskussionsintensiv Sie merken, meine Damen und Herren, das hört sich nicht nur zeitaufwendig und arbeitsintensiv an, das ist es auch. Sowohl für die Verwaltung als auch für den Gemeinderat.

Was ist jetzt neu? Die Doppik betrachtet den HH mit wirtschaftlichen Augen. Es werden nicht nur die Geldströme, sondern auch der Werteverzehr berücksichtigt. Wir, der GR und die SVE haben uns daher entschieden, dieses Neubetrachten als Anstoß zur Änderung zu sehen. Der HH 2017 wurde so aufgestellt, wie es in vorausschauenden Unternehmen auch gemacht wird. Zuerst haben wir in intensiver Zusammenarbeit die zukünftigen Ziele der Stadt Eberbach mit deren Priorisierung ausgemacht. Dazu zählen beispielhaft die Infrastruktur in jeder Form oder die Windenergie. Hierbei kann und konnte jede Fraktion aber auch die SVE ihre speziellen Wünsche und Vorstellungen und Kompetenzen einbringen. Daraus haben wir mittelfristige Ziele und dann auch operative Ziele abgeleitet. Das Ganze geschah und geschieht jetzt im Vorhinein. Damit haben wir als GR der SVE die notwendigen Eckwerte für den HH 2017 schon vor dem ersten HH-Entwurf an die Hand geben können. Das bedeutet, der Entwurf muss nicht mehr zerpflückt werden. Er beinhaltet jetzt schon alle grundlegenden Vorstellungen. Sicher wird hier da durch Änderungen in der politischen oder wirtschaftlichen Landschaft ein Drehen an einer Stellschraube von Nöten sein. Aber eine Antragsflut kann es eigentlich nicht mehr geben. Wahrscheinlich wird es noch ein bis zwei Jahre dauern, bis alles rund läuft und die Prozesse richtig ineinandergreifen. Aber das ist bei allen neuen Dingen so. Das sog. Königsrecht des GR, der HH, wird dadurch u.E. gestärkt. Diskussionen und Positionen werden vor der Erstellung geführt und dargelegt. Sie werden auch in öffentlicher Sitzung transparent dargelegt. So wird der Entscheidungskreislauf ab dem HH 2018 endgültig laufen. Im Endeffekt wird dann auch mit jeder beschlossenen Drucksache innerhalb des Jahres der HH so umgesetzt oder bei Bedarf modifiziert und angepasst.

Viele große Themen sind in nächster Zeit anzugehen. Kindergartenneubau, Feuerwehrgerätehaus, Kanalisation, Tiefgarage, Hallenbad und, und, und... Alles Projekte, die viele Millionen kosten werden, die auch mittelfristig Kreditaufnahmen nach sich ziehen werden. Hierbei muss beachtet werden, dass auch billiges Geld zurückgezahlt werden muss. Stichwort hier ist die „Schuldentragfähigkeit“. Wer das übersieht, dessen HH wird in ein paar Jahren endgültig schief liegen. Um hier gut bestehen zu können, müssen auch die Einnahmen und Ausgaben im richtigen Verhältnis stehen. Auf der Ausgabenseite haben wir

z.B. den großen Kostenblock Personal, der jetzt gerade untersucht und erste Ergebnisse zeigen wird. Der ursprüngliche Anstoß hierfür kam von den FWE. Hier zeigt sich dann, ob verträgliche Einsparpotentiale vorhanden sind. Auf der anderen Seite ist bei den Einnahmen und die zukünftigen Auswirkungen der Gewerbesteuer auf den HH jedes Jahr ungewiss. Dies liegt aber in der Sache und ist in der Systematik begründet. Daraus leiten sich dann auch mit Zeitverzögerung entsprechend steigende oder fallende Zuschüsse und Abgaben ab. Hier sehen wir die Gefahr, wie vor ein paar Jahren, doppelt in die Zange genommen zu werden. Steigende Abgaben aus guten Vorjahren resultieren und weniger Zuschüsse, gepaart mit fallenden Gewerbesteuereinnahmen. In diesem Rahmen bewegt sich die Stadt Eberbach jedes Jahr. Aber auch das geben die FWE immer wieder zu bedenken, wenn die neuen Ansätze für die Gewerbesteuer eingebracht werden. Wir denken aber mit der „Neuen Eberbacher Steuerung“ im Haushalt gut aufgestellt zu sein.

## 2.

Der Forst hat die Aufgabe mit der Bewirtschaftung des Waldes nicht nur einen ökologisch-pflegerischen sondern auch einen ökonomischen Auftrag. Er soll aus den Erträgen einen Überschuss für die Stadtfinanzen erarbeiten. Dabei hat er auch Aufgaben zu bewältigen, die eigentlich gar nicht originär bei ihm liegen. Z.B. Schutz- und Sozialfunktion des Walds. Diese führt dazu, dass im Zusammenspiel mit dem Ressourcenverbrauch viel vom eingenommenen Geld wieder vorab ausgegeben wird. Umsatz ist eben nicht gleich Gewinn. Ein großer Vorteil ist aber, dass der Rohstoff Holz nachwächst. Dies wird durch das nachhaltige Arbeiten in den Hiebsplänen abgedeckt. Aber auch der „Nachwuchs“ will gepflegt sein. Damit kommen wir zu einem Spannungsfeld, das den Forst immer begleiten wird, solange es Wild im Wald gibt. Forst und Jagd. Die Gemeinde als Waldeigentümer muss hier natürlich die Vorgaben machen, die notwendig sind, um den Wald, das Vermögen, zu schützen. Gleichzeitig aber den Spagat zur Jagd schaffen. Beide können zwar nicht so einfach miteinander, aber ohne den anderen geht es auch nicht. Hier vertreten wir auf der einen Seite den Forst mit geforderten Abschusszahlen und Hege des Tierbestands auf der anderen Seite müssen wir die Jagd berücksichtigen und keine Forderungen oder Bedingungen stellen, die nicht erfüllbar sind. Wald und Jagd sind von der Natur abhängig und können in gewissen Grenzen schwanken. Wenn aber Pläne und Vereinbarungen nicht erfüllt werden, muss das auch Konsequenzen haben. Sachliche Diskussion und das Zurückstellen von persönlichen Eigenheiten bei allen Beteiligten werden es erleichtern eine Lösung zu erarbeiten. Die Ergebnisse aus der Evaluation des „Eberbacher Rotwildkonzepts“ dienen hier als Grundlage. In der Vergangenheit hat sich der GR aus der Diskussion zwischen Forst und Jagd oft herausgehalten, da hier spezielles Fachwissen gefragt war. Dabei und dadurch kam es immer wieder zu verschiedenen Wahrnehmungen von Aussagen und Abmachungen. Daher dürfen wir uns aus den Gesprächsrunden mit Jagd und Forst nicht mehr zurückziehen, sondern mit dabei sein. Auch eine Jahresinformation von beiden Seiten ist für uns ein weiterer Baustein, um die Kommunikation zu verbessern. Diese beiden Anregungen werden die FWE auch zum Antrag erheben, wenn das Thema auf der Tagesordnung steht. Nur so können wir uns ein eigenes Bild davon machen. Verschiedene Interpretationen und Wahrnehmungen von Aussagen sollten dann der Vergangenheit angehören. Ein Miteinander kann nur in einem guten Klima gedeihen. Weitere Hausaufgaben hat der GR aus dem Gutachten der Evaluierung des Rotwildkonzepts erhalten. Z.B. neue Ausrichtung der Waldleitlinien mit Priorisierung analog zu den HH-Zielen oder die Reduzierung der Rot- und Schwarzwildbestände. Das Thema Verpachtung oder Regiejagd stellt sich für uns im Moment nicht, da wir nach der Evaluierung den Pächtern die Möglichkeit geben sollten, die angesprochenen Vorgaben zu erfüllen. Außerdem hat der überwiegende Teil des GR die ganze Zeit die Wiederverpachtung in Aussicht gestellt. Hier jetzt kurz vor der Verlängerung dies zu verneinen, wäre auch eine Art von Vertrauensbruch. Aber durch die bessere Vernetzung von GR, Jagd und Forst sollte die nächste Verpachtungsperiode besser laufen.

Den Mitarbeiter des Forsts sprechen wir unseren Dank für Ihre geleistete Arbeit aus, die manchmal, und das sollte man auch nicht vergessen, mit gefährlichen Umständen verbunden ist.

Unser Dank geht auch an das Kämmereiteam um Herrn Müller für die geleistete, aber nicht immer einfache Arbeit. Dies gilt aber auch ebenso für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der anderen Ämter und Abteilungen im Rathaus. Wann immer wir Fragen hatten, wurden sie schnell und kompetent beantwortet. Die Freien Wähler stimmen dem Haushalt 2017 und dem Wirtschaftsplan des Forsts zu.

3.

Bei den SWE wurden die neuen Herausforderungen von Herrn Haag und seinem Team angegangen. Eine an die Anforderungen der Zeit angepasste Aufbauorganisation ist ausgearbeitet und kann jetzt Wirkung zeigen. Dass das nicht einfach wird, zeigt sich an dem enormen regulatorischen Aufwand unter dem vor allem die kleinen selbstständigen Stadtwerke zu leiden haben. Da leisten die großen Konzerne u.E. eben eine zu starke Lobbyarbeit. Jeder einzelne Bürger kann aber etwas zum Erhalt der SWE und der damit verbundenen Leistungen, wie ÖPNV, Bäder, etc, beitragen, indem er die Angebote seiner Stadtwerke in seiner Stadt abnimmt. Die SWE haben hier mit Optimierungen beim Energieeinkauf und neuen Marketingausrichtungen einen weiteren Schritt nach vorne gemacht.

Mit der Sanierung der Wasserversorgung ist ein weiterer wichtiger Baustein in Arbeit. Einfach und billig ist dies nicht zu haben. Aber Wasser ist das Grundnahrungsmittel Nr.1. Das sollte uns allen auch „Preis wert“ sein. Hier gilt eben gerade wieder einmal nicht „Geiz ist geil“. Dies gilt aber auch für die anderen Angebote der SWE. Gerade in den ureigenen Leistungen, der Versorgung mit Strom, Wasser und Gas sind die SWE erfolgreich und gewinnbringend. Die eigentlichen Kostenträger sind zusätzlich zugeschriebene Dienste, wie Bäder, Hafen und ÖPNV.

Bei den Bädern, speziell dem Hallenbad, kommt auch ein gewaltiger finanzieller Brocken auf uns zu. Ob und wie er gestemmt werden kann, wird gerade auf den Weg gebracht. Als FWE stehen wir grundsätzlich zum Hallenbad, wenn es finanziell eine tragbare Lösung gibt. Ein Neubau mit entsprechendem Investitionsvolumen, kommt für uns nicht in Frage. Jeder, der das in Erwägung zieht, ohne die Finanzierung von außen sicherzustellen, sollte darüber auch mal nachdenken. Das Thema freiwillige Leistungen und Pflichtaufgaben haben wir schon oft angesprochen. Die freiwilligen Leistungen müssen, auch wenn sie uns und den Bürgern lieb und teuer sind, regelmäßig auf den Prüfstand der Machbarkeit gestellt werden. Das Stichwort hier ist „Ausgabenkritik“

Der Finanzbedarf der Stadtwerke ergibt sich eben nicht aus einem schlechten Wirtschaften, sondern aus dem fehlenden Eigenkapital und dem damit einhergehenden entsprechenden Verschuldungsgrad. Dieses wurde den SWE Anfang 2000 vom Gemeinderat genommen, um den städtischen HH zu sanieren und steuerliche Möglichkeiten zu nutzen. Dabei hatte man aber im Nachhinein betrachtet die zukünftigen Entwicklungen und Folgen der Entmonopolisierung der Energieversorgungsbranche falsch eingeschätzt. Heute fehlt eben diese Liquidität und die Stadt muss sie wieder nachliefern. Die Kassenlage der Stadt ist aber auch nicht rosig. Der Wandel vom Versorger zum Dienstleister, das ist die große Aufgabe. Das Team SWE um Herrn Haag hat sich gerade in den schwierigen Zeiten des Umbruchs im Unternehmen als schlagkräftig bewährt. Dafür von den FWE herzlichen Dank. Wenn die SWE die Aufgaben auch weiter so angehen, werden die SWE auch in Zukunft ihre Leistungen für die Bürger anbieten können.

Die Freien Wähler stimmen dem Wirtschaftsplan der SWE zu.“

Stadtrat Schulz trägt im Namen der CDU- Fraktion folgendes vor:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister Reichert,

werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sehr geehrte Damen und Herren im Auditorium!

Der Haushalt 2017, der mittlerweile Vierte nach Übergang von der Kameralistik zur Doppik steht nun vor der Verabschiedung.

Mit ordentlichen Erträgen in Höhe von ca. 36,9 Mio. € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von knapp. 40,3 Mio. € weist der Haushalt 2017 ein Gesamtdefizit im Ergebnishaushalt von gut 3,3 Mio. € aus, ausgeglichen durch vorhandene liquide Mittel.

Bereits in den letzten Jahren wurden wichtige Weichenstellungen seitens des Gemeinderates beschlossen, um notwendige und überfällige Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung sowie strukturelle Reformen einzuleiten. Noch steht jedoch bei Teilen die Umsetzung an bzw. aus.

Wir erwarten nun dringend die Ergebnisse der Organisationsuntersuchung, erst dann können faktenbasiert weitere notwendige und entscheidende Weichenstellungen im Bereich der Verwaltung erfolgen.

Auch das neue Verfahren zur Haushaltsaufstellung hat dazu geführt, dass bereits im Vorfeld wichtige Rahmenbedingungen seitens des Gemeinderates gesetzt wurden.

Für die CDU standen die Haushaltsberatungen und die entsprechenden Anträge weiterhin unter drei zentralen Prämissen:

1. Einen Haushalt ohne Nettoneuverschuldung zu erreichen und
2. Investitionen zu priorisieren und hierfür die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen.
3. Punktuell mit wenig Mittelausgaben Impulse zur Entwicklung der Stadt zu setzen.

Allem voran steht jedoch die Fokussierung auf unsere Pflichtaufgaben:

In erster Linie eine zügige und vollständige Sanierung des Feuerwehrhauses sowie einen Neubau des Kindergarten Regenbogen in der Güterbahnhofstraße. Hier gilt es nun, zielstrebig und kostenbewusst zu Ergebnissen zu kommen. Zugleich müssen weitere zielgerichtete Investitionen in die Infrastruktur der Stadt finanziert werden.

Eines ist uns hier nochmals wichtig: Wer immer denkt, angesichts der aktuell hohen Liquidität könnte man ohne Priorisierung Geld ausgeben, der macht leider einen Denkfehler. Die vorhandene Liquidität ist bereits verplant und wird dringend benötigt für die oben genannten Pflichtaufgaben, insbesondere Feuerwehrgerätehaus und Neubau Kindergarten Regenbogen. Wahrscheinlich wird die aktuelle Liquidität der Stadt hierfür nicht einmal ausreichen. Daher sollten zusätzliche und insbesondere freiwillige Aufgaben weiterhin äußerst kritisch auf der Ausgabenseite betrachtet werden.

Es muss klar kommuniziert werden, was möglich ist und was trotz größerer Anstrengungen und Einsatzes nicht realisierbar ist, sei es auch noch so wünschenswert.

Auch angesichts der aktuell niedrigen Zinsen müssen Kredite trotzdem zukünftig getilgt werden! Kredite von heute sind Steuer- und Abgabenerhöhungen von morgen!

Deshalb sagen wir „Nein“ zu einer großzügigen kreditfinanzierten Ausgabenpolitik!

Wie bereits früher betont: Der Gemeinderat, mit dem Bürgermeister an der Spitze, wird auch in den nächsten Jahren weiter die Aufgabe des harten Sanierers für die Stadt übernehmen müssen! Nicht weil wir es wollen, sondern weil wir es müssen!

Im letzten Jahr hatte die CDU mehrere Einzelanträge gestellt so wie Sperrvermerke beantragt. Die Erfahrung zeigt jedoch leider, dass im Laufe des Jahres viele dieser Sperrvermerke

wieder aufgehoben wurden. Daher haben wir dieses Jahr das Instrument des Sperrvermerkes bewusst nicht genutzt.

Zum Forst: Der Forst soll und muss mittelfristig unter Beachtung der Sozialfunktion zumindest eine „schwarze Null“ erwirtschaften. Um hier der Forstverwaltung mehr Flexibilität zu ermöglichen, hatten wir bereits zum Haushalt 2016 erfolgreich den Antrag gestellt, die Zielsetzungen des Gemeindewaldes zu

Beginn des Jahres 2016 zu überarbeiten. Leider ist im Jahre 2016 hierzu nichts passiert. Für uns sind als Fraktion sind Gemeinderatsbeschlüsse bindend!

Ein erneuter Antrag wurde nun wiederum einstimmig angenommen. Auch betonten alle Fraktionen sowie Bürgermeister und Forstverwaltung die Wichtigkeit dieser Maßnahme. Daher gehen wir jetzt davon aus, dass dieses Thema umgehend auf der Agenda des Rates stehen wird, ergänzt um Maßnahmen zur Reduzierung der Schältschäden und eine ergebnisoffene Diskussion über Eigenleistung und Fremdbezug bei Forstleistungen.

Mit Bedauern mussten wir feststellen, dass unser Antrag zur Erhöhung von Transparenz bei kommunalpolitischen Entscheidungen durch digitale Bereitstellung leider keine Mehrheit fand.

Transparenz sollte nicht nur als Schlagwort vor Wahlen benutzt werden, sondern auch aktiv gelebt werden.

Nota bene! Vielleicht ist die CDU-Fraktion aber hier auch ihrer Zeit voraus. Wir verweisen hierzu auf unseren Antrag für den Haushalt 2015 zu den Betreuungskosten ehrenamtlich Aktiver. In diesem Gremium wurde der Antrag abgelehnt, mittlerweile wurde genau dieser Aspekt durch die frühere grün-rote Landesregierung verpflichtend in die Gemeindeordnung aufgenommen.

Zugleich möchten wir in Rückschau auch positive Dinge benennen. So wurde im Herbst eine sehr gute und informative Veranstaltung zum Thema Hallenbad durchgeführt. Nun sind die bekannten Fakten für alle Bürger transparent und Basis für weitere Diskussionen.

Auch die digitale Ratsarbeit wird nun zum Jahresende erfolgreich angegangen. Im Übrigen beides basierend auf Anträgen der CDU-Fraktion.

Ebenfalls ist die von unserer Fraktion beantragte Jugendbeteiligung auf einem guten Weg.

Und wir werden auch weiterhin nachhaken, damit die von uns gestellten und noch nicht bearbeiteten Anträge auf die Tagesordnung des Rates kommen.

Die CDU-Fraktion setzt bei der Lösung der zentralen Aufgaben weiterhin auf eine kooperative und fraktionsübergreifende Zusammenarbeit im Gemeinderat. Auch lassen wir uns gerne von guten Lösungsansätzen anderer Fraktionen oder Dritter überzeugen. Entscheidend ist das Wohl der Stadt!

Denn Haushaltskonsolidierung in Kombination mit gezielten und notwendigen Zukunftsinvestitionen sind für uns als CDU-Fraktion weiterhin alternativlos.

Daher weiterhin konsolidieren, strukturell reformieren und gezielt investieren.

In der Gesamtschau kommen wir daher zu folgendem Ergebnis: Die CDU-Fraktion stimmt dem Haushalt 2017 sowie Forstbetriebsplan und dem Wirtschaftsplan 2017 inklusive Änderungen zu. Wir bedanken uns insbesondere bei Herrn Stadtkämmerer Müller und den Mitarbeitern der Kämmerei für die kooperative Zusammenarbeit bei der Aufstellung des Haushaltes 2017.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Stadtrat P. Stumpf trägt im Namen der AGL- Fraktion folgendes vor:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Anwesende,

der Haushaltplan 2017 sieht das 7. Jahr in Folge keine Neuverschuldung vor, im Gegenteil eine Schuldentilgung von knapp 700.000,- €. Damit hat sich der Schuldenstand der Stadt (ohne Werke) auf 16,3 Mio € verringert. Diesem Schuldenstand stehen vorhandene finanzielle Mittel von 11,8 Mio € Ende 2016 gegenüber.

Da die Liquidität in den nächsten Jahren nach mittelfristiger Finanzplanung sinken wird und in 2018 Kredite aufgenommen werden sollen, ist weiterhin Sparen bei den laufenden Ausgaben angesagt. Nur über Einsparungen im laufenden Betrieb können wir Mittel für dringend nötige Investitionen wie für Feuerwehr, Kindergarten, Hallenbad, um nur 3 Bereiche aufzuzählen, erwirtschaften.

Mit unseren Haushaltsanträgen im Jahr 2014 hat die AGL Sparmaßnahmen in wichtigen Bereichen der Verwaltung eingefordert. Diese Anträge wurden 2014 vom Gemeinderat mehrheitlich beschlossen. Die Sparziele sollten ausgehend vom Haushalt 2014 nach 3 Jahren, also im Haushalt 2017 erreicht werden. Deshalb möchten wir Bilanz ziehen.

1. Antrag aus 2014: Die Personalkosten sind bis 2017 um 3 Prozent zu reduzieren. Abzüglich der Tarifsteigerungen wurde das Einsparziel knapp verfehlt, 2,75 % konnten erreicht werden, in Zahlen 210.000,- €

Die Einsparung von 2,75 % ist zu würdigen, und die absolute Zahl von 210.000,- € zeigt, dass es nicht um „Peanuts“ geht. Aber noch immer ist der Personalstand der Stadt im Vergleich mit anderen Kommunen zu hoch. Weitere Einsparungen müssen in den kommenden 3 Jahren folgen, wir erwarten von der Organisationsuntersuchung hierzu klare Aussagen.

2. Antrag aus 2014: Die Stadtförsterei soll spätestens in 3 Jahren einen Forsthaushalt vorlegen, der unter Einbeziehung aller Ausgaben ausgeglichen ist.

Dieses Ziel konnte im Entwurf 2017 nicht erreicht werden, der Forsthaushalt weist unter Einbeziehung der Schutz- und Sozialfunktion des Waldes einen Verlust von rund 350.000,- € aus. Ich möchte ausdrücklich betonen, dass die Stadtförsterei hervorragende Arbeit leistet und dieses Defizit nicht zu verantworten hat.

Eine nicht zu vernachlässigende Ursache für das negative Ergebnis des Gesamtforsthaushalts sind die Schälschäden durch Rotwild. Allein bei der Baumart Fichte belaufen sich diese auf ca. 170.000,- € jährlich.

In 2017 müssen nach Ablauf der bisherigen Jagdpachtverträge die Jagdreviere im Eberbacher Wald neu vergeben werden. Dem Gemeinderat wurde am 12.12. ein umfangreicher und auf wissenschaftlicher Grundlage erstellter Bericht über die Evaluation des Eberbacher Rotwildkonzepts vorgelegt. Dieser Bericht kommt unter anderem zu dem Ergebnis:

„Im Stadtwald Eberbach sind große Teile des Baumbestandes infolge vormals hoher Rotwildbestände nachhaltig extrem geschädigt worden“ (S. 2).

„Es sollte alles getan werden, um nicht erneut stark geschädigte Bäume heran und aufwachsen zu lassen. Neben den direkt spürbaren materiellen Verlusten beim Holzverkauf, entstehen für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung durch von Rotwild geschädigte Bäume hohe gesamtbetriebswirtschaftliche Risiken. (S. 3)

Aufgrund der Tatsache, dass die Rotwild – aktuell aber auch die Schwarzwilddichte - zu hoch ist, empfiehlt der Bericht andere Formen der Jagdausübung als die seit Jahrzehnten in Eberbach praktizierte Verpachtung der Reviere.

„Die Jagdreviere der Stadt Eberbach werden seit Jahren verpachtet. Die Pachtpreise bewegen sich auf moderatem Niveau. Ob die aktuellen Pachtpreisemerkorientiert sind, lässt

sich sachgerecht nur bei einer öffentlichen Ausschreibung vor der Neuverpachtung im Jahr 2017 prüfen.

Alternative Jagdmodelle der Regiejagd wurden bislang noch nie angewendet oder auch nur getestet. Als Alternative zum bisherigen Verpachtungsmodell kommen im Stadtwald Eberbach entweder die Regiejagd oder die Ausweisung von Teilbereichen für die Regiejagd unter Beibehaltung des Verpachtungssystems für die übrigen Flächen in Frage. Die Alternativen sollten vor einer Neuverpachtung eingehend geprüft werden.“ (S. 30)

Herr Bürgermeister, es ist ein völlig intransparentes und nicht korrektes Vorgehen, dass Sie 6 Wochen vor Veröffentlichung dieser wissenschaftlichen Auswertung dem Gemeinderat eine Beschlussvorlage vorlegen, die den beiden oben zitierten Aussagen des Berichts völlig widerspricht und Sie in der Sitzung am 12.12. auf meine Frage sinngemäß antworteten, die Nichtausschreibung sei beschlossen und kein Gegenstand der Diskussion mehr. Damit haben Sie eine Diskussion über alternative Möglichkeiten der Bejagung wie z.B. die Regiejagd verhindert. Genauso unverständlich ist für uns, dass der Gemeinderat mehrheitlich diesem Vorgehen – ich meine damit in nichtöffentlicher Sitzung noch vor Kenntnis des Evaluationsberichts zu entscheiden - zugestimmt hat. Insbesondere lehnten Kollegen der CDU-Fraktion meinen Vorschlag in der öffentlichen GR-Sitzung vom 12.12., das Thema Ausschreibung neuerlich auf die Tagesordnung zu setzen, kategorisch ab. Liebe Kollegen der CDU-Fraktion, ich verstehe unter Transparenz, Sachentscheidung bzw. Beteiligung der Öffentlichkeit, alles Ziele, die Sie auf Ihre Fahnen geschrieben haben, etwas anderes. Wer diese richtigen Ziele fordert, sollte auch danach handeln.

Bereits bei der Pachtvergabe vor 16, vor 26 und vor 36 Jahren (und wohl auch schon vorher) gab es eine zu hohe Rotwildpopulation und damit deutlich zu viele Schälschäden. Die bisherige Form der Jagdausübung ist offensichtlich nicht in der Lage das Problem zu lösen. Bereits vor 16 und 26 Jahren führte man im Gremium eine ähnliche Diskussion, leider auch damals ohne die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Hätten unsere Vorgänger im Gemeinderat bei der Vergabe der Jagdausübung die Interessen des Waldes stärker berücksichtigt, könnten wir heute die Erträge auch in finanzieller Hinsicht einfahren.

Bei der Jagdpacht handelt man offensichtlich nach dem Prinzip weiter so wie bisher, obwohl seit Jahrzehnten die Rotwildbestände und aktuell auch die Schwarzwildbestände deutlich zu hoch sind, unseren Wald schädigen, und die Erträge des Waldes jährlich um mindestens 200.000,- € schmälern. Bedenkt man, dass ein heute zu beschließendes anderes Jagdkonzept sich finanziell erst in ca. 50 Jahren auswirken wird, dann ist das vor wenigen Wochen beschlossene „Augen zu und weiter so“ eine Hypothek für die kommenden Generationen. Bürgermeister und Gemeinderatsmehrheit haben bei diesen Beschlüssen nicht die Interessen des Waldbesitzers, das ist die Stadt Eberbach, also die Eberbacher Bürgerinnen und Bürger, ausreichend berücksichtigt. Ich habe auch immer wieder den Eindruck, dass die Gemeinderatsmehrheit unserem Leiter der Stadtförsterei, Herrn Riedel, der das Beste für unseren Wald will, nicht den Rücken stärkt, sondern die Interessen der Jagdpächter vertritt.

Die AGL wird darauf achten, dass zumindest die Jagdpachtverträge im Sinne des Waldes und des Waldbesitzers Stadt Eberbach gestaltet werden und deren Umsetzung in den kommenden Jahren konsequent überwacht wird.

3. Antrag aus 2014: Durch Energieeinsparmaßnahmen sollen die Energiekosten in öffentlichen Gebäuden um 10% gesenkt werden.

Diesbezüglich wurden in den vergangenen 3 Jahren keine nennenswerten Maßnahmen ergriffen. Belastbare Zahlen über die Zielerreichung konnten uns nicht vorgelegt werden. Deshalb hat die AGL die Wiedereinführung des Energieberichts und die Umsetzung der in diesem Bericht formulierten Maßnahmen ab 2017 beantragt. Dafür wurden auf unseren Antrag hin 15.000,- bzw. 20.000,- € mehrheitlich beschlossen. Deutliche Energieeinsparungen, die die Kosten weit übersteigen werden, sind möglich, diese sollten auch aus ökologischen Gründen zügig angegangen werden.

4. Antrag aus 2014: Umrüstung der Straßenlaternen auf LED mit dem Ziel über 50% Energie und damit auch Kosten einzusparen.

Im Jahr 2015 wurde diese Maßnahme nicht umgesetzt. Ab Ende 2016 soll diese Umrüstung angelegt auf 3 Jahre nun endlich erfolgen. Dann werden 80% der Kosten für die Straßenbeleuchtung eingespart werden. Die jetzt begonnene Umsetzung ist zu begrüßen, die Verzögerung haben wir wiederholt kritisiert, weil dadurch erheblich Kosteneinsparungen in den vergangenen 2 Jahren nicht realisiert wurden.

5. Antrag aus 2014: Einsparung bei Druck und Papierkosten.

Hier hat die Verwaltung Maßnahmen ergriffen. So werden Protokolle etc. den Gemeinderäten per Mail zugesendet, die papierlose Ratsarbeit über Laptop wird ab 2017 beginnen.

Eberbach hat einen Investitionsstau. Ich verweise auf den Kindergarten Regenbogen, die Feuerwehr, die Sanierung der Schulen, Straßen und Kanäle, das Hallenbad, und ein Parkhaus in der Güterbahnhofstraße, deshalb ist auch weiteres Sparen bei den laufenden Ausgaben angesagt.

Für den Kindergarten Regenbogen und das Feuerwehrgerätehaus sind in 2017 Planungsmittel eingestellt, wir erwarten, dass in 2017 die Planungen abgeschlossen werden können und Baubeginn spätestens Anfang 2018 ist.

Mit der Planung eines Parkhauses über dem Parkplatz des REWE-Marktes mit direktem Zugang zum Steg sollte aus 2 Gründen ebenfalls zügig begonnen werden. Erstens ist nur bis 2019 eine Förderung über das Sanierungsprogramm möglich und zweitens ist ein Parkhaus in Bahnhofs- und Stadtnähe dringend notwendig, wenn die Flächen, auf denen jetzt geparkt wird, bebaut werden, z.B. durch den Kindergarten. Deshalb wurden auf Antrag der AGL die Planungsmittel in 2017 um 40.000,- € auf 60.000,- € erhöht.

Was das Hallenbad betrifft, so wurde in diesem Jahr die Machbarkeitsstudie einer Sanierung vorgelegt. Das ist ein erster richtiger Schritt. Doch dabei dürfen wir nicht stehen bleiben. Die AGL ist der Meinung, dass neben den Kosten einer Sanierung auch Kosten für einen Neubau errechnet werden müssen um entscheiden zu können, ob Sanierung oder Neubau langfristig gesehen die bessere, insbesondere die kostengünstigere Alternative ist. Eines ist für uns aber klar, Eberbach braucht auch zukünftig ein Hallenbad, spätestens 2018 sollten Planungsmittel eingestellt werden.

Bei all den Maßnahmen stellt sich natürlich die Frage der Finanzierung. Eine Finanzierung ist über höhere Einnahmen, Kürzung der laufenden Ausgaben oder die Aufnahme von Krediten möglich. Wir werden den Investitionsstau nur schrittweise abbauen können und müssen dafür alle oben genannten Möglichkeiten der Finanzierung ins Auge fassen. Die Bedingungen für Investitionen sind auf Grund steigender Einnahmen bei der Einkommens- und Umsatzsteuer und extrem niedrigen Zinsen insbesondere für Kommunen (Kommunalkredit 0,35 % Zins, also fast zu vernachlässigen) noch nie so günstig wie zur Zeit. Deshalb ist es finanzpolitisch unverantwortlich dringend nötige Investitionen und Sanierungsmaßnahmen zurückzustellen. Wenn wir überfällige Sanierungen heute nicht angehen, dann werden unsere Einrichtungen weiter Schaden nehmen und die Sanierungskosten in späteren Jahren deutlich teurer und das in einer Zeit, wo wahrscheinlich wieder höhere Zinsen zu zahlen sind.

Ohne Kreditaufnahme werden wir in den nächsten Jahren diese Investitionen nicht stemmen können, insofern stimmen wir der Verwaltung zu, in der mittelfristigen Finanzplanung eine Kreditaufnahme vorzusehen.

Bei Auslaufen der alten Kredite mit hohen Zinsen werden wir zukünftig bei niedrigen Zinsen für neue Kredite insgesamt weniger an Zinsen zu zahlen haben.

Ziel muss sein der nächsten Generation keine marode Infrastruktur, die dann mit teuren Krediten saniert werden muss, zu hinterlassen. Dafür nehmen wir eine Verschuldung mit

Augenmaß hin. Es gilt aber auch, dass jeder Euro, der durch Senkung der laufenden Kosten und Erhöhung der Einnahmen erwirtschaftet werden kann, die Kreditaufnahme verringert. Deshalb muss darauf das Augenmerk gelegt werden.  
Die AGL stimmt dem Haushaltsplan 2017 zu und bedankt sich bei der gesamten Verwaltung insbesondere bei Stadtkämmerer Müller und seinem Team für die geleistete Arbeit bei der Erstellung des Haushalts.“

### **Ergebnis:**

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Beschlussantrag einstimmig zu.

Top 7 Anträge der Fraktionen zum Wirtschaftsplan 2017 -ohne Beschlussvorlage- Beratung und Beschlussfassung	
--	--

Da seitens der Fraktionen keine Anträge gestellt wurden, geht Bürgermeister Reichert zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

Top 8 Wirtschaftsplan und Finanzplanung der Stadtwerke Eberbach für das Jahr 2017	2016-340
--	----------

### **Beschlussantrag:**

1. Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke Eberbach für das Wirtschaftsjahr 2017 wird unter Berücksichtigung der im Werksausschuss vorgestellten Umgliederung im Vermögensplan beschlossen.
2. Der Planungsübersicht (Finanzplanung) der Stadtwerke Eberbach für die Wirtschaftsjahre 2016 bis 2020 wird zugestimmt.
3. Dem Stellenplan 2017 wird zugestimmt.

### **Beratung:**

Stadtwerkeleiter Haag erläutert die Beschlussvorlage.

Anschließend tragen die Fraktionen ihre Wirtschaftsplanreden vor.

Stadtrat Huck erläutert für die SPD- Fraktion folgendes:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister Reichert, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Damen und Herren,

zum Wirtschaftsplan für das Haushaltsjahr 2017 der Stadtwerke Eberbach nimmt die SPD-Fraktion wie folgt Stellung:

Erneut weist der Wirtschaftsplan der Stadtwerke Eberbach für das Jahr 2017 einen Gewinn aus. Das Führungsteam unter der Leitung von Werksleiter Günter Haag konnte damit die begonnene Erfolgsstrategie der beiden letzten Jahre fortsetzen. Auch in den kommenden Jahren bis 2020 sollen immer wieder Gewinne ausgewiesen werden können. Dennoch enthält der Ausblick auf die nächsten Jahre deutliche Stimmungsdämpfer. Der Finanzierungsbedarf der Stadtwerke wird kräftig anwachsen mit einem Betrag von 4 Millionen als Höhepunkt im Jahre 2019. Nach einer Ergebniskrise in den letzten Jahren droht nun also eine Liquiditätskrise in den kommenden Jahren. Die werden die Stadtwerke allein nicht schultern können, sondern die Unterstützung der Stadt brauchen. Der positive Aspekt

dabei sind die umfangreichen Investitionen vor allem in der Trinkwasserversorgung, die dringend notwendig sind.

Um diese gewaltigen Aufgaben der nächsten Jahre meistern zu können, bedarf es natürlich einer engagierten, ehrgeizigen und kompetenten Führungsmannschaft. Hier scheint das Konzept von Herrn Haag, eigene, junge Mitarbeiter in die oberen Führungsebenen einzubinden, erste Früchte zu tragen. Nur so können die Stadtwerke Eberbach gegenüber den großen Konzernen einigermaßen bestehen.

Um positive Ergebnisse erzielen zu können, ist eine Sanierung und Restrukturierung der Eberbacher Stadtwerke zwingend erforderlich. Dafür sind in der Werksleitung bei der Preispolitik und bei Vertriebskampagnen schon Veränderungen vorgenommen worden. Bei Strom und Gas sollen mit einem effizienten Energieeinkauf die Marktanteile der Stadtwerke Eberbach als kommunales Unternehmen gesichert und gestärkt werden. Es sollen aber auch neue Marktanteile in der Region gewonnen werden. Ein gut erreichbares Kundencenter und auch die wiederbelebte ECON können dabei wertvolle Hilfe leisten.

Die Neukonzeption Wasserversorgung wird in den nächsten Jahren eine große Rolle spielen.

Die LED-Straßenbeleuchtung wird im nächsten Jahr umgesetzt werden. Diese Maßnahme kann als Beispiel dienen für eine effiziente Zusammenarbeit zwischen den Stadtwerken und der Stadt Eberbach.

Bei der Stadtverwaltung wurde das erste Hybrid- und E-Fahrzeug angeschafft. Das sollte der Anstoß sein, das Thema E-Mobilität auch auf die Agenda der Stadtwerke zu setzen.

Die IT-Sicherheit wird große Bedeutung erlangen mit notwendigen Investitionen aber zunächst mal ohne mögliche Erlöse.

Das Umspannwerk Scheuerberg wird im nächsten Jahr eingeweiht.

Die genannten Konzepte für die Zukunft dürfen natürlich den Blick auf die laufenden Aufgabenfelder nicht vernachlässigen:

Die Sparten Strom- und Gasversorgung sind immer noch die wichtigsten Einnahmequellen im Wirtschaftsplan. Um den Marktanteil der letzten Jahre in etwa halten zu können, sind völlig neue Strategien erforderlich. Neben einem effizienten Energieeinkauf, der nur durch akribisches Verfolgen des Marktes erfolgreich sein kann, sollen Neukunden durch ein Online-Angebot akquiriert werden. Bestandskunden können nur durch Preissenkungen oder Bonizahlungen in den rentablen Geschäftsfeldern Strom- und Gasversorgung gehalten werden. Dabei müssen allerdings die Risiken im Hinblick auf die vorhandenen Finanzierungslasten genau analysiert und bewertet werden. Mögliche Verbesserungen im Energieeinkauf sollen aber grundsätzlich an die Kunden weitergegeben werden.

Bei der Wasserversorgung wird es in den nächsten Jahren, wie oben schon angesprochen, erhebliche Investitionen geben müssen, um durch geeignete Maßnahmen die bekannt gute Eberbacher Wasserqualität garantieren zu können. Das sind aber notwendige Ausgaben für die Lebensqualität der Eberbacher Bürgerinnen und Bürger in der Zukunft.

Die Wärmeversorgung rutscht leicht in die roten Zahlen. Korrekturen sind in diesem Bereich nur denkbar, wenn es gelingt, an geeigneten Standorten für Firmen Contracting-Lösungen schmackhaft zu machen. Hier sollte die ECON wertvolle Unterstützung geben können, um in der Region die Stadtwerke noch weiter zu stärken. Auch im kommunalen Bereich muss immer geprüft werden, ob die ECON bei Entscheidungen Verbund-Lösungen mit einem BHKW anbieten kann oder ob die Stadtwerke selbst die Durchführung wirtschaftlicher übernehmen können.

Bei den Verkehrsbetrieben ist nach der einstimmigen Entscheidung des Gemeinderates, ab dem Jahr 2016 für weitere 10 Jahre die Verkehrsbetriebe in Eigenregie zu betreiben, wieder Ruhe eingekehrt. Der ÖPNV in Eberbach ist aufgrund der topographischen Lage und der

vielen Ortsteile für die Bevölkerung von größter Wichtigkeit, sei es um für die Pendler und Schüler attraktiv zu bleiben, aber auch um für die wachsende Zahl der älteren Mitbürger im Alltag die notwendige Mobilität zu gewährleisten. Doch auch hier gilt: Stillstand ist Rückschritt. Natürlich müssen auch hier für die Zukunft Lösungen gefunden werden, um die Verluste von einer halben Million Euro deutlich zu senken. Ein weiterer Meilenstein, den die neue Führungsriege bewältigen muss.

Keine Änderung gibt es beim Ranking im Wirtschaftsplan bezüglich des Komplexes der Bäder. Mit einem ausgewiesenen Verlust von fast 800000 € bleibt der Bäderbetrieb das größte Sorgenkind der SWE. Doch es gibt inzwischen einen Hoffnungsschimmer. In einer „Studie zur Bestands-sanierung bzw. Bestandssicherung“ des Ingenieur-Büros Richter und Rausenberger aus Stuttgart wird dargelegt, wie unser Hallenbad für ca. 1,6 Millionen Euro renoviert/saniert/überarbeitet werden kann, um einen Weiter-betrieb für die nächsten 10 Jahre gewährleisten zu können. Mit einer weiteren Million wären sogar Dächer, Decken und Fassaden zu ertüchtigen. Hier muss der Gemeinderat im Laufe des nächsten Jahres eine Entscheidung treffen. Ein Neubau für mehrere Millionen ist angesichts der oben angesprochenen Investitionen allein durch die Stadtwerke nicht realisierbar. Auf jeden Fall muss der Weiterbetrieb aus unserer Sicht gewährleistet werden.

Auch wenn es einen Hafenbetrieb im eigentlichen Sinne schon seit der Einstellung des Kieshandels nicht mehr gibt, macht der Neckarlauer momentan große Sorgen. An der Kaimauer sind so große Schäden entstanden, dass auf längere Sicht ein Einsturz dieser Mauer droht. Es stellt sich nun die Frage, ob es eine Lösung mit unterschiedlichen Sanierungsvarianten abhängig von den betroffenen Streckenabschnitten geben kann. Das kann aber nur durch einen Tauchgang geklärt werden, der im Frühjahr stattfinden soll. Dann muss über die zukünftige Verwendung und Ausgestaltung des Neckarlauers entschieden werden.

Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke Eberbach für das Jahr 2017 mit einem positiven Ergebnis ist wieder sehr ambitioniert. Doch Werksleiter Günter Haag und sein Team haben schon im letzten Jahr gezeigt, dass sie hoch gesteckte Ziele auch erreichen können. Allerdings gibt es bei allen Maßnahmen auch Risiken, die nicht unterschätzt werden dürfen. Es bleibt zu hoffen und zu wünschen, dass die anvisierten Ziele auch in der gewünschten Form erreicht werden können.

Wir, die SPD-Fraktion bedanken uns bei Herrn Haag und seinem Team sowie allen Mitarbeitern bei den SWE für den Einsatz im vergangenen Jahr und stimmen nach eingehender Beratung dem Wirtschaftsplan 2017 der SWE zu.“

Da die Rede von Stadtrat Wessely für die Freie- Wähler- Fraktion zu Forstbetriebs-, Wirtschafts- und Haushaltsplan zusammengeführt wurde, ist der genaue Wortlaut unter TOP 6 protokolliert.

Stadtrat Heiko Stumpf erklärt für die CDU- Fraktion folgendes:

„Sehr geehrter Hr. Bürgermeister Peter Reichert,  
sehr geehrter Hr. Haag,  
werte Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger  
Unsere Stadtwerke Eberbach haben uns in diesem Jahr große Freude bereitet. Wie Sie alle wissen, hat sich das Ergebnis sprunghaft verbessert, ja sogar verzehnfacht.  
Unsere Sorgen haben sich hierdurch jedoch nicht im gleichen Maß reduziert. Immer noch haben wir einen enormen Sanierungsstau abzarbeiten, der uns in Zukunft bis an den Rande des Ruins bringen kann.

So mussten wir nicht nur das lange verschwiegene Problem der Graugussleitungen und unserer Wasserversorgung bearbeiten. Wir wissen auch heute schon von den zukünftigen Problemen wie Neckarlauer, Fahrbetrieb und Hallenbad. Um diese langfristig lösen zu können, brauchen wir sehr viele gute Geschäftsjahre, bzw. sehr viel Geld, was wir leider nicht zurückgelegt haben. In Wahrheit sitzen wir auf einem großen Schuldenberg, der ein nachhaltiges Wirtschaften fast nicht mehr zulässt.

Ob hier die Finanzspritze der Stadt, wie von Herrn Haag gefordert, eine Lösung bringt, wird wohl erst die Zukunft zeigen. Ohne vorab jedoch die Verlustbringer wie Wärme, Verkehr, Hafen und Bäder nicht strenger zu budgetieren, wäre ein Glücksspiel, bei dem es wieder nur einen Verlierer gibt. Da es also um das Geld aller steuerpflichtigen Bürger geht, ist für uns der Wille der Bürger oberste Priorität.

Bei einer möglichen Sanierungs- / Neubauplanung eines Hallenbades müssen klare Wirtschaftspläne dem Bürger und dem Gemeinderat zur Verfügung stehen. Eine Entscheidung auf Grundlage von Spekulationen ist hier nicht machbar. Die lange versprochenen Kosten für die Trennung der Technik Hallen-/Freibad müssen ebenso auf den Tisch, wie ein Erfolgsplan für ein instandgesetztes Hallenbad ohne Kinderbecken. Wichtig ist, dass der nun vorliegende Wirtschaftsplan eingehalten wird, und wir unsere bereits genannten Problemfelder nicht aus den Augen verlieren. Hier haben wir ein sehr großes Vertrauen gegenüber dem neuen Team der Stadtwerke unter der Leitung von Herrn Haag aufgebaut.

So werden wir auch dem vorgelegten Wirtschaftsplan ohne Änderungsantrag zustimmen!  
Danke für Ihre Aufmerksamkeit.“

Stadträtin Thomson erklärt für die AGL- Fraktion folgendes:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Haag, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, sehr geehrte Damen und Herren.

Vor uns liegt der zweite Wirtschaftsplan dieser Werkleitung und es kann nun eine erste Bilanz gezogen werden.

Für das Jahr 2015 wurde das geplante positive Ergebnis in Höhe von 47.000 € mit 318.000 Euro weit übertroffen, was zu einem Großteil auf eine langjährige Forderung von uns, nämlich auf eine verbesserte Einkaufsstrategie und zusätzlich auf Einsparmaßnahmen zurückzuführen ist.

Auch in den Erfolgsplänen für die kommenden Jahre macht sich die verbesserte Einkaufsstrategie bemerkbar.

So ist für 2016 ein Gewinn von 57.200 Euro vorgesehen,

der Erfolgsplan für 2017 weist bei nahezu gleichbleibenden Umsatzerlösen wie in den Vorjahren ein positives Ergebnis von 112.000 Euro aus und bis zum Jahr 2020 wird mit einem steigenden Jahresgewinn bis zur Höhe von 250.000 Euro geplant.

Somit ist auch in den kommenden Jahren geplant die verlustbringenden Sparten durch die gewinnbringenden Sparten auszugleichen.

Eine weitere langjährige Forderung von uns, die letztes Jahr in einem Antrag von uns formuliert wurde, die Absatzmengen durch Neukundengewinnung zu steigern, wird auch in diesem Jahr in der Planung leider nicht berücksichtigt.

Insbesondere hierzu bleibt das strategische Erfolgsprogramm abzuwarten.

Wie mit der notwendigen Sanierung des Hallenbads umgegangen werden wird kann erst nach Vorlage detaillierter technischer und wirtschaftlicher Analysen, auch für einen Neubau, beschlossen werden. Ausführungen hierzu machte Herr Stumpf bereits zum Haushaltsplan.

Mit einem Rückblick auf unsere Stellungnahme im letzten Jahr, ich zitiere:  
„Die neue Werkleitung hat viele Aufgaben und muss diese zügig angehen“,  
können wir zu unseren im letzten Jahr gestellten Forderungen festhalten:

- Missstände der Vergangenheit müssen beseitigt werden.  
- Dieser Punkt ist nahezu abgearbeitet.
- Projekte im Bereich der Nahwärmeversorgung, Eigenstromerzeugung und Kraft-Wärmekopplung sowie die zuverlässige Energieversorgung Eberbachs müssen fortgeführt werden.  
- Dieser Punkt wird weiterverfolgt.
- Die Umsatzerlöse sind durch bessere Einkaufsstrategien und Mehrabsatz zu steigern.  
- Die Verbesserung der Einkaufsstrategie wurde begonnen.  
- Der Mehrabsatz muss angegangen werden.
- Verbesserung der Vertriebs- und Akquisitionsstruktur.  
- Wird angegangen.
- Anbieten eines attraktiven Ökostromangebots.  
- Wird angegangen.
- Entwicklung neuer Geschäftsfelder.  
- Hierzu bleibt das strategische Erfolgsprogramm abzuwarten.
- Vorantreiben der Eigenenergieversorgung in Eberbach.  
- Dieser Punkt muss noch angegangen werden.

Insgesamt können wir erfreulicherweise sehen, dass die Werkleitung die Herausforderungen, die vor ihr liegen mit einem jungen und engagierten Führungsteam positiv und motiviert angeht und Transparenz in ihrer Arbeit gewährleistet.

Wir stimmen dem Wirtschaftsplan 2017 und der Finanzplanung der Stadtwerke zu.

Wir bedanken uns bei Herrn Haag und der gesamten Belegschaft der Stadtwerke für die geleistete Arbeit.“

### **Ergebnis:**

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Beschlussantrag einstimmig zu.

Top 9 Änderung und Einführung der Preise bei Unterbrechung und Wiederherstellung der Versorgung ab 01.01.2017	2016-321
---	----------

### **Beschlussantrag:**

1. Der Erhöhung der Preise für Unterbrechung und Wiederherstellung der Versorgung wird zugestimmt.

2. Der Einführung der neuen Preise für Dienstleistungen wie Sperrkontrollen, Sperrstornos und vergeblicher Sperrversuche sowie den Kosten für den Einbau eines Vorkassensystems wird zugestimmt.

**Beratung:**

Werkleiter Haag erläutert die Beschlussvorlage.

**Ergebnis:**

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Beschlussantrag einstimmig zu.

Top 10 Einführung neuer Preise für Abrechnungsdienstleistungen und Sonstiges ab 01.01.2017	2016-322
--	----------

**Beschlussantrag:**

Der Einführung neuer Preise für Dienstleistungen wie monatliche, viertel- oder halbjährliche Abrechnung, den Kosten für Zahlungseinzug durch einen Beauftragten sowie den Kosten für eine Zwischenabrechnung und Rechnungsnachdruck wird zugestimmt.

**Beratung:**

Werkleiter Haag erläutert die Beschlussvorlage.

**Ergebnis:**

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Beschlussantrag einstimmig zu.

Top 11 Sanierung des Gebäudes Depot 15/7	2016-313
---	----------

**Beschlussantrag:**

1. Die Vergabe der Architektenleistungen zur Sanierung des städtischen Gebäudes Güterbahnhofstraße 15/7 erfolgt nach Regelungen der HOAI stufenweise nach Preisabfrage an das Architekturbüro Seeber, Mosbach.
2. Die bauliche Umsetzung der Sanierungsarbeiten erfolgt erst nach Vorliegen des Zuwendungsbescheids durch das LEADER Förderprogramm.
3. Der Gemeinderat stimmt dem Abschluss eines Gewerbemietvertrages zwischen der Stadt Eberbach und dem Kulturverein „Depot 15/7 e.V.“ zu.

**Beratung:**

Stadtbaumeister Koch erläutert die Beschlussvorlage.

Nach allgemeiner Zustimmung durch die Fraktionen und der Bitte aus dem Gremium, dass man den Vertragsentwurf dem Gremium vor Abschluss präsentieren solle, sichert Bürgermeister Reichert dies zu und lässt über den Tagesordnungspunkt abstimmen.

**Ergebnis:**

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Beschlussantrag mit 21 Ja- Stimmen und einer Enthaltung zu. Stadtrat Prof. Dr. Polzin befand sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Saal.

Top 12 Ersatzbeschaffung für Geräteträger mit Mähausleger für den Servicebetrieb Stadtgärtnerei	2016-312
---	----------

**Beschlussantrag:**

1. Der Ersatzbeschaffung des 18 Jahre alten Geräteträger mit Mähausleger wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ersatzbeschaffung nach VOL Teil A durchzuführen
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, die Vergabe im Kostenrahmen vorzunehmen.
3. Die Mittel für die Finanzierung der Ersatzbeschaffung Geräteträger mit Mähausleger in Höhe von 235.000 € brutto sind im Haushalt 2017 zur Verfügung zu stellen. Entsprechende Mittel sind in dem Haushaltsentwurf 2017 sowie der Ergänzungsliste, Investitionsnummer I11250000251 eingestellt.

**Beratung:**

Stadtbaumeister Koch erläutert die Beschlussvorlage.

Stadtrat Prof. Dr. Polzin stellt den Antrag, Punkt 2 des Beschlussantrags zu streichen.

Die Mitglieder des Gemeinderats lehnen den Antrag mit 7 Ja- Stimmen und 15 Nein-Stimmen ab.

Stadtrat Schulz befand sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Saal.

**Ergebnis:**

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Beschlussantrag mit 21 Ja- Stimmen und einer Enthaltung zu.

Stadtrat Schulz befand sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Saal.

Top 13 Sanierungsgebiet "Güterbahnhofstraße", 3.BA Fußgängerüberführung hier: Vorstellung der Varianten "Vorentwurf Neuer Treppenabgang Süd"	2016-314
--	----------

**Beschlussantrag:**

1. Der Sachverhalt wird in finanzieller, technischer und zeitlicher Hinsicht, wie in der Beschlussvorlage dargestellt, anerkannt.
2. Dem Neubau der Variante B Treppenaufgang Süd als Treppenturm mit Holzverkleidung wird, wie in der Beschlussvorlage dargestellt, zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt die Ausschreibung, Vergabe und Ausführung im dargestellten Kostenrahmen durchzuführen.

4. Der Vergabe der Leistungsphasen 5 bis 9 des Treppenabganges Süd an das Ingenieurbüro Bung Ingenieur AG, Heidelberg in Höhe von ca. 8.500 € brutto wird zugestimmt.
5. Die Finanzierung der Ausgabe in Höhe von ca. 133.550 € brutto erfolgt über den Investitionsauftrag I54100005360 Sanierungsgebiet Güterbahnhofstraße 3. BA Steg

Die entsprechenden Mittel wurden für den Haushalt 2017 angemeldet.

### **Beratung:**

Stadtbaumeister Koch erläutert die Beschlussvorlage und erklärt, dass der Förderzeitraum auf 2019 verlängert worden sei. Der Zeitdruck wäre also erst einmal abgeschwächt.

Stadtrat Heiko Stumpf stellt im Namen der CDU- Fraktion folgenden Antrag:

„Die CDU-Fraktion stellt den Antrag den Beschluss in den Punkten 2 und 3 wie folgt zu ändern:

2. Dem Neubau eines Treppenturmes wird zugestimmt. Die Fassadengestaltung wird überarbeitet. Es wird auf eine Holzverschalung vollständig verzichtet, stattdessen wird ein Rankgerüst am Treppenturm angebracht, was den Turm an den südlichen Ecken umhüllt.
3. Die Ausschreibungsergebnisse des Stahlbaus und das Beleuchtungskonzept für den Steg werden dem Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt.

### **Begründung:**

Wir von der CDU-Fraktion haben uns den vorhandenen Turm angeschaut und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass sowohl die Sauberkeit, die Helligkeit, wie auch die Optik der angebrachten Holzkonstruktion verbesserungswürdig sind.

Dies bewegt uns zu dem Schritt, hierzu in die nun vorgelegte Planung einzugreifen.

Die neuerliche Baugesetzgebung zwingt private Bauherren zur grünen Fassadengestaltung und so wäre es ein schlechtes Beispiel dies hier nicht auch zu tun.

Der Bahnreisende soll unsere Stadt als lebens- und liebenswert kennenlernen. Dies ist bei einer nüchternen Holzverschalung, bei einer ebenso nüchternen Betonstehle und bei einem bedingt funktionierenden Glasaufzug sicher nicht möglich.

Eine erfrischende Grünfassade kann nach unserer Meinung nicht vollständig von den Verunreinigungen an unserem Bahnhof ablenken, aber sie gibt unseren Gästen die Chance etwas anderes zu sehen.“

Stadtrat Wessely erklärt im Namen der Freien Wähler- Fraktion, dass man für die Variante B sei. Hier gewinne man auch den meisten Raum.

Stadtrat Peter Stumpf stellt im Namen der AGL- Fraktion den Antrag, die Variante A zu beschließen, da dies die günstigste Variante sei. Für das eingesparte Geld könne man einen Abgang zu Gleis 2 in Angriff nehmen.

Stadtrat Schieck stellt den Antrag, einen Turm zu bauen, allerdings ohne Begrünung und ohne Holzverlattungen. Sollte man ein Parkhaus bauen wollen, würde sowieso wieder alles entfernt.

Bürgermeister Reichert lässt zuerst über den Antrag der AGL- Fraktion abstimmen.

Die Mitglieder des Gemeinderats lehnen den Antrag der AGL- Fraktion mit 7 Ja- Stimmen und 16 Nein- Stimmen ab.

Bürgermeister Reichert lässt sodann über den Antrag der SPD- Fraktion abstimmen.

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Antrag der SPD- Fraktion mit 9 Ja- Stimmen, 6 Nein- Stimmen und 8 Enthaltungen zu.

Bürgermeister Reichert lässt sodann über den Punkt 3 des CDU- Antrags abstimmen.

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Punkt 3 des Antrags der CDU- Fraktion einstimmig zu.

### **Ergebnis:**

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem geänderten Beschlussantrag Fraktion mit 21 Ja- Stimmen und 2 Enthaltungen zu, der nun wie folgt lautet:

1. Der Sachverhalt wird in finanzieller, technischer und zeitlicher Hinsicht, wie in der Beschlussvorlage dargestellt, anerkannt.
2. Dem Neubau der Variante B Treppenaufgang Süd als Treppenturm ohne Holzverkleidung und ohne Begrünung wird zugestimmt.
3. Die Ausschreibungsergebnisse des Stahlbaus und die Ergebnisse des Beleuchtungskonzepts für den Steg werden dem Gemeinderat nach erfolgter Ausschreibung zur Entscheidung vorgelegt.
4. Der Vergabe der Leistungsphasen 5 bis 9 des Treppenabganges Süd an das Ingenieurbüro Bung Ingenieur AG, Heidelberg in Höhe von ca. 8.500 € brutto wird zugestimmt.
5. Die Finanzierung der Ausgabe in Höhe von ca. 133.550 € brutto erfolgt über den Investitionsauftrag I54100005360 Sanierungsgebiet Güterbahnhofstraße 3. BA Steg

Die entsprechenden Mittel wurden für den Haushalt 2017 angemeldet.

Top 14 Mitteilungen und Anfragen	
Top 14.1 Beauftragung Wildbiologe	

Stadtrat Hellmuth stellt im Namen der CDU- Fraktion folgenden Antrag:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister Reichert,

werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, Sehr geehrte Damen und Herren!  
Wir beantragen zur nächsten GMR-Sitzung die Ergänzung der Tagesordnung um den TOP:  
Beschlussfassung über die weitere Beauftragung des derzeit für uns tätigen Wildbiologen.

Begründung:

In der Sitzung des Gemeinderates am 12.12.2016 wurden die 189 Seiten des Rotwildkonzeptes 2.0 vorgestellt wobei Spekulationen statt Fakten einfließen. Dem Gemeinderat wurde suggeriert das über das vorgetragene Arbeitsergebnis Konsens besteht. Schwerpunkt des Vortrages des Wildbiologen war jedoch die Art der Verpachtung und nicht das Rotwildkonzept. Während der Sitzung wurden Teilnehmer der Arbeitsgruppe von anderen Teilnehmern daran gehindert Stellungnahmen abzugeben. Derartige Vorgänge sind für uns inakzeptabel und schließen eine weitere Zusammenarbeit aus. Wir bitten Sie, werte Kolleginnen und Kollegen um eine möglichst große Zustimmung zu unserem Antrag.

Bürgermeister Reichert stellt fest, dass das Quorum bei diesem Minderheitenantrag erreicht sei und man das Thema auf eine der nächsten Gemeinderatssitzungen nehmen werde.“

Top 14.2 Nichtwürdigung eines Minderheitenantrags	
--	--

Stadtrat Jost erklärt im Namen der AGL- Fraktion folgendes:

„Bekanntlich hat die AGL-Fraktion in der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 27.10.2016 den Antrag gestellt, den TOP „Öffentliche Ausschreibung der sieben städtischen Eigenjagdbezirke zum Zwecke der Neuverpachtung“ auf die TO der übernächsten öffentlichen Sitzung des Gemeinderats zu setzen.

Sie, Herr Reichert haben unter Hinweis, der gleiche Verhandlungsgegenstand sei bereits behandelt worden, den Antrag zurückgewiesen und sich auf die Bestätigung Ihrer Rechtsauffassung durch die Rechtsaufsicht berufen.

Richtig ist allerdings, dass zum Zeitpunkt unserer Antragstellung der Verhandlungsgegenstand gerade noch nicht und auch nicht innerhalb der letzten 6 Monate behandelt war und man sich darüber hinaus fragen darf, ob es sich überhaupt um einen identischen Verhandlungsgegenstand handelt, weil die diversen Beschlüsse in der nichtöffentlichen Sitzung weit über die pure Ablehnung einer öffentlichen Ausschreibung hinausgingen.

In der Niederschrift über die GR-Sitzung vom 27.10.2016 vertraten Sie übrigens noch eine andere Auffassung, es heißt dort (Zitat):

„Bürgermeister Reichert stellt fest, dass das Quorum erreicht sei, da gemäß der Gemeindeordnung eine Fraktion erreichen könne, dass ein Thema auf die Tagesordnung genommen werde.“ (Zitatende).

Die politische Sinnhaftigkeit unseres Antrags hat durch die Vorlage des Abschlussberichts über die Evaluierung des sog. Rotwildkonzeptes eine enorme Aufwertung erfahren, fast könnte man meinen, wir hätten unseren Antrag dort abgeschrieben, weil in dem Bericht mehrfach eine öffentliche Ausschreibung gefordert wird. Wohlgedenkt, die Formulierungen in diesem Bericht stammen nicht von einem ideologisierten Einzeltäter sondern sind von einer Arbeitsgruppe, zu der u.a. auch Vertreter der Jäger gehören, erarbeitet worden.

Einem Schreiben des Kreisforstamts vom 19.12.2016 entnehmen wir den erstaunlichen, aber offensichtlich untauglichen Versuch der Jägerschaft, sich im Nachhinein sowohl von dem Abschlussbericht als auch von der Präsentation im Gemeinderat am 12.12.2016 zu distanzieren. Der AGL, vielleicht auch den anderen Fraktionen wird übrigens von den Jägern verwehrt, direkt über die Beweggründe ihrer vermeintlichen oder wirklichen Flucht aus ihrer Verantwortung informiert zu werden.

Es ist ein Ärgernis, dass dieser Abschlussbericht erst vorgelegt worden ist, nachdem sich der Gemeinderat mehrheitlich für eine Fortführung der Jagdpacht mit den bisherigen Pächtern entschieden hatte.

Es geht ja bei diesem Konflikt um keine Kleinigkeit. Es ist letztlich unwichtig, ob nun der § 34 GemO von Ihnen, Herr Reichert, korrekt oder falsch ausgelegt wird, sondern darum, wie der Bewuchs unseres Waldes bestmöglich vor dem Zugriff des Rotwildes, natürlich auch des Schwarzwildes geschützt werden kann. Um diese Problematik seriös aufzuarbeiten hätte die Thematik sowohl der sog. Regiejagd aufgegriffen werden müssen, auch wenn diese evtl. kein Allheilmittel darstellt, als auch ein möglichst erfolgversprechender Weg gefunden werden müssen, mit dem künftige Pächter jagdlich und finanziell streng in die Pflicht genommen werden können. Für uns, und ganz offensichtlich sind wir da nicht allein, müsste der Weg über eine öffentliche Ausschreibung, übrigens praktiziert von zahlreichen Gemeinden und vom Land Baden-Württemberg, gehen.

Dieses Ziel wurde durch einen reflexartigen Rückgriff auf die bisherigen Pächter zunichte gemacht, denn es wird, was sich bereits abzeichnet, durch das Fehlen des Drucks eines öffentlichen Wettbewerbs sowohl zu einer Verwässerung der Festlegung der Pachtpreise als auch der Formulierungen in den Jagdpachtverträgen, insbesondere im Hinblick auf Wildschadensersatz und Abschussintensität sowie des sog. Rotwildkonzepts mit ausdrücklicher Billigung der Mehrheit des Gemeinderats kommen. Diese Defizite gehen zu Lasten unseres Waldes.

Ich glaube, wir haben in diesem Zusammenhang einen Punkt klarzustellen: die AGL ist nicht grundsätzlich gegen eine eventuelle Wiederverpachtung an die bisherigen Jagdpächter, aber dies erst nach der Diskussion und Entscheidung über alternative Möglichkeiten der Jagdausübung, wie z.B. der Regiejagd und Durchführung einer Ausschreibung, für die die Stadt eine klare, restriktive und am Zustand des Waldes ausgerichtete Ausgangsposition, wie bei jedem Leistungsverzeichnis etwa in Bauverträgen, vorgibt.

Die AGL bedauert diese Entwicklung. Nicht nur für uns ist es deshalb außerordentlich bemerkenswert, wenn der Abschlussbericht, wie gesagt von einer Arbeitsgemeinschaft ausformuliert, zu der für uns auch die Jäger jedenfalls so lange gehören, bis sie definitiv ihren Austritt erklärt haben, folgenden Satz enthält (Zitat):

„Die aktuellen Jagdpächter sind überwiegend Geschäftsleute, die in der Region und mit verschiedenen Entscheidungsträgern der Stadt Eberbach vernetzt sind. Dies führt zu Abhängigkeiten, die über die reine Bewirtschaftung der gepachteten Jagdreviere hinausgehen. Für alle Beteiligten sind daher unvoreingenommene Betrachtungen und nüchterne Analysen der (Rot-) Wildbewirtschaftung schwierig“. (Zitatende)

Eine gleichermaßen diplomatische wie deutliche Beschreibung des Tatbestands „Lobbyismus“ muss einem erst einmal einfallen.

Zum Schluss:

Die AGL hatte erwogen, heute erneut einen Antrag zu stellen, nämlich den TOP „Diskussion und Entscheidung über alternative Jagdmodelle wie z.B. die Regiejagd“ auf die TO der übernächsten öffentlichen Sitzung des Gemeinderats zu setzen.

Die von Ihnen, Herr Reichert, zu erwartende, erneute Weigerung, den genannten Punkt in die TO aufzunehmen, hätten wir nach unserer Einschätzung mit gerichtlicher Hilfe zu Fall bringen können, weil die Thematik der alternativen Jagdausübungen vom Gemeinderat in den letzten 6 Monaten zweifelsfrei nicht behandelt wurde.

Allerdings wäre es bei einem Pyrrhussieg geblieben, weil eine inhaltliche Beratung, geschweige denn eine Beschlussfassung mit dem Antrag gem. § 34 GemO nicht zu erreichen ist.

Die Besonderheit des § 34 besteht nämlich darin, dass der Gemeinderat mit einfacher Mehrheit die weitere Behandlung des auf die TO gesetzten TOP's ablehnen und den TOP damit ohne Votum zur Sache bzw. ohne inhaltliche Beratung abschließen könnte.

Das ist schade, auch weil das Kreisforstamt dem Gemeinderat aktuell und zum wiederholten Mal eine sach- und fachkundige Informationsveranstaltung über z.B. die Regiejagd ausdrücklich anbietet.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.“

Bürgermeister Reichert stellt fest, dass das Vorgehen der Stadtverwaltung vom Kommunalrechtsamt vollständig als richtig beurteilt worden sei. Er sei grundsätzlich für eine Regiejagd, aber in abgewandelter Form. Er wolle klarstellen, dass er sich keine Worte in den Mund legen lassen wolle, die er so weder gesagt noch gemeint habe.

Da keine weiteren Mitteilungen und Anfragen mehr vorliegen, beendet Bürgermeister Reichert die öffentliche Sitzung des Gemeinderats um 19.47 Uhr.

Der Bürgermeister

Der Schriftführer

Peter Reichert

Robin Uhrig